



Deutsche Bank



Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 3. November 2007

118. Jahrgang Nr. 31.639

Best Debt House
in Argentina



Deutsche Bank



Cristina, die Präsidentin! First Lady gewinnt Wahlen im ersten Durchgang

Buenos Aires (dpa/AT/cal) - Die bisherige First Lady Cristina Fernández de Kirchner ist die erste gewählte Staatschefin von Argentinien. Die Frau des scheidenden Präsidenten Néstor Kirchner erreichte bei der Wahl 44,9 Prozent der Stimmen und eroberte das höchste Staatsamt damit gleich im ersten Durchgang. Ihre schärfste Rivalin, die sozialdemokratische Elisa Carrió, erzielte 22,9 Prozent und gestand schließlich ihre Niederlage ein. Auf Platz drei mit 16,9 Prozent lag der frühere Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, gefolgt vom Gouverneur der Provinz San Luis, Alberto Rodríguez Saá, für den 7,7 Prozent stimmten. Und der bekannte linksgerichtete Filmemacher Fernando „Pino“ Solanas schaffte es überraschenderweise auf den fünften Platz mit 1,6 Prozent der Stimmen. Néstor Kirchner verzichtete zugunsten seiner machtbesessenen Frau auf eine neue Kandidatur für das Amt. Sie übernimmt die Präsidentschaft offiziell am 10. Dezember für vier Jahre.

„Wir haben einen klaren Sieg errungen“, sagte Frau Kirchner vom peronistischen Flügel Frente para la Victoria am Wahlabend vor jubelnden Anhängern in der Hauptstadt Buenos Aires und zeigte strahlend das Siegeszeichen. Die langjährige Parlamentarierin rief in ihrer ersten Rede die Argentinier zur Einigkeit auf. In ungewohntem versöhnlichem Ton lud sie die Opposition ein, gemeinsam für eine bessere Zukunft zu arbeiten. „Der Hass bringt nichts.“ Sie betonte, der Wahlsieg verleihe keine Privilegien, sondern große Pflichten. Als ihre Hauptaufgaben bezeichnete sie die Festigung der Demokratie, weiteres Wirtschaftswachstum

und die Überwindung der krassen sozialen Unterschiede. Zudem strich sie die besondere Rolle der Frauen heraus, die sich oft durch die Erfüllung doppelter Pflichten zu Hause und zugleich in der Öffentlichkeit auszeichneten.

Erste Staatschefin des Landes war María Estela Martínez de Perón, genannt Isabelita. Sie erhielt das höchste Staatsamt jedoch erst als Vize-Präsidentin nach dem Tod ihres Mannes Juan Domingo Perón 1974. Nach einer kurzen chaotischen Amtszeit wurde sie durch einen Militärputsch 1976 gestürzt.

Die Kirchner profitierte zwar von den wirtschaftspolitischen Erfolgen ihres Mannes und dem Einsatz des Staatsapparates für ihren Wahlkampf. Jedoch gilt sie als erfahrene Politikerin. Ihr wird ein unbedingter Wille zur Macht nachgesagt. Bei ihren politischen Gegnern und auch bei Mitarbeitern ist sie wegen ihrer Scharfzüngigkeit und manchmal aufbrausenden Art gefürchtet.

Die Wahlen liefen zwar ruhig, aber nicht überall optimal ab. In der Hauptstadt Buenos Aires kam es in verschiedenen Wahllokalen zu Verzögerungen. Die Bürger hatten zum Teil über zwei Stunden anzustehen. Unmut machte sich über die schlechte Organisation breit. Schließlich sah sich die Regierung gezwungen, die Urnen mindestens um eine Stunde länger offen zu lassen.

Für viele war die Warterei in den Wahllokalen allerdings das kleinere Übel. Besonders geärgert hatte sich mancher Porteño – wie der Bewohner der Hauptstadt genannt wird – über das Fehlen von Wahlzetteln. In mehreren „Dunkelkammern“, wo Mann und Frau einsam entscheiden, wen sie wäh-

len, lagen die Listen der oppositionellen Parteien nicht auf. Die betroffenen Parteien, darunter auch jene der Verliererin Elisa Carrió, sprachen von Wahlbetrug seitens der Regierung und reichten Klage bei der Justiz ein.

Cristina Kirchner ist mit einem sehr guten Resultat gewählt worden. Zweifelsohne.

Dennoch zeigt ihr Sieg auch Schönheitsfehler auf. So war die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1922 zu verzeichnen, obgleich der Urnengang in Argentinien obligatorisch ist. Wer nicht wählt, muss mit Geldbußen und Schwierigkeiten mit den Behörden rechnen. Lediglich rund 72 Prozent gingen an die Urnen. Rund 7,5 Millionen Menschen wählten nicht. Des Weiteren legten rund eine Million unschlüssige Argentinier einen leeren Wahlzettel in die Urne. Ein 32-jähriger Hauptstadtbewohner, der seiner Wahlpflicht nicht Folge leistete und deswegen anonym bleiben will, sagte dazu: „Diese geringe Wahlbeteiligung widerspiegelt nichts anderes als die Unzufriedenheit der Leute über die Auswahl der Kandidaten und das politische System des Landes.“ Wieso sollte er wählen gehen, wenn er mit den Politikern nicht einverstanden sei. „Und die Linke, die ich wenn schon wählen würde, ist ja zersplittert und hat sowieso keine Chance auf den Sieg.“ Die neu gewählte Präsidentin überzeugt den Justizbeamten nicht. „Es wechselt ja lediglich



„Wir haben klar gewonnen“, sagte Cristina Kirchner in ihrer Rede in Buenos Aires und zeigte das Siegeszeichen.

das Gesicht des Staatsoberhauptes, die Politik wird dieselbe bleiben.“ Er fühle sich von der derzeitigen Regierung ohnehin belogen. „Sie reden von weniger Arbeitslosen. Die Realität ist, dass sie Leute pensioniert oder in Arbeitsprogramme eingebunden haben, um sie von der Liste der Arbeitslosen streichen zu können.“

Ebenfalls auffällig ist, dass Cristina Kirchner in vielen wichtigen Grossstädten nicht siegte. Die Bewohner der Stadt Buenos Aires beispielsweise sprachen sich klar für die Präsidentschaftskandidatin Elisa Carrió aus. Auch in Mar del Plata, Rosario oder Córdoba war es nicht die First Lady, die am meisten Stimmen erhielt.

Die 26-jährige Porteña und Schauspielerin Mariana Giovine empfand die Wahlen als wirr und zu wenig transparent. Die Tochter der bekannten argentinischen Schauspielerin Virginia Lagos hatte Fernando Solanas gewählt. Cristina Kirchner überzeugt sie nicht. Sicher, die Wirtschaft sei in den letzten Jahren gewachsen. „Davon profitieren aber viele im Land nicht. Für den Arbeiter, für

die Menschen der Mittelklasse wird das Leben immer teurer und schwieriger“, sagt Giovine.

Die neue Präsidentin wird es nicht einfach haben. Man wird ihr die Zeit zum „Einarbeiten“ nicht gewähren, da sie die Regierung ihres Mannes erbt, die sie kennt. Sie steht vor dringend zu lösen-

den Problemen wie Inflation, Energiemangel und Unsicherheit im öffentlichen Raum. Die Leute wollen dazu jetzt und nicht später Lösungen haben.

Bereits am Montag nach dem Wahlsonntag gab Cristina Kirchner erstaunlicherweise ein Fernsehinterview.

Erstaunlich deswegen, weil es innerhalb einer Woche der zweite Fernsehauftritt ist – etwas, was sie und ihr Mann ansonsten in den letzten Jahren notorisch gemieden haben. „In meiner Regierung wird die Bekämpfung der Armut und der Arbeitslosigkeit sowie eine Verbesserung des Bildungs- und

Gesundheitswesens einen besonderen Stellenwert haben“, betonte sie. Außenpolitisch hob sie die Bedeutung der Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas hervor. Sie insistierte aber weiterhin, dass die Inflation nicht so gravierend sei, wie sie die Medien darstellten.

Sieg auch im Kongress

Cristina Kirchner verfügt künftig über eine Mehrheit

Buenos Aires (AT/cal) - Daniel Scioli, Vizepräsident von Argentinien, erzielte letzten Sonntag ein hervorragendes Resultat: Mit 48,1 Prozent der Stimmen wurde der ehemalige Rennbootfahrer zum neuen Gouverneur der Provinz Buenos Aires gewählt. Obwohl er auf derselben Liste wie die neu gewählte Präsidentin Cristina Kirchner figurierte, gaben dem beliebten Politiker in der einwohnerdichtesten Provinz des Landes mehr Leute die Stimme als der First Lady.

Insgesamt wählten acht Provinzen Argentiniens ihren Gouverneur. Dabei gewannen in allen jene Kandidaten, die Präsident Néstor Kirchner entweder vorge-

schlagen hatte oder zu seinen Anhängern zählen (siehe Kasten). Lediglich in fünf von 24 Provinzen des Landes – die autonome Stadt Buenos Aires dazugezählt – stehen somit an der Spitze künftig oppositionelle Gouverneure: in Feuerland, Neuquén, Santa Fe,

San Luis und in der Hauptstadt Buenos Aires. In den übrigen Provinzen regieren entweder peronistische Gouverneure – von Frente para la Victoria und von der Justizialistischen Partei (PJ) – oder Radikale K. Letztere sind zwar Politiker von der Radikalen

Bürgerunion (UCR), sind aber mit dem Noch-Präsidenten Kirchner eine Art Bündnis eingegangen.

Die zukünftige Präsidentin wird auch im Parlament über eine breite Mehrheit verfügen. Die Peronisten und Radikalen K verzeichneten am Sonntag einen Zuwachs von 20 Sitzen in der Abgeordnetenversammlung. Damit wird Cristina Kirchner mit 160 von 257 Abgeordneten die absolute Mehrheit für sich beanspruchen können. Im Senat hat die Partei ebenfalls zugelegt und besitzt neu 44 von 72 Sitzen. Letzten Sonntag wurden fast die Hälfte der Abgeordneten und ein Drittel der Senatoren neu gewählt.

Gewählte Gouverneure im Überblick

Provinz Buenos Aires

Daniel Scioli (Frente para la Victoria)
Resultat: 48,1 Prozent der Stimmen

Provinz Santa Cruz

Daniel Peralta (Frente para la Victoria)
Resultat: 58,2 Prozent der Stimmen

Provinz Mendoza

Celso Jaque (Justizialistische Partei)
Resultat: 37,9 Prozent der Stimmen

Provinz Salta

Juan Urtubey (Frente para la Victoria-PR)
Resultat: 45,5 Prozent der Stimmen

Provinz Jujuy

Walter Barriouevio (Frente para la Victoria)
Resultat: 35,8 Prozent der Stimmen

Provinz La Pampa

Oscar Jorge (Justizialistische Partei)
Resultat: 47,3 Prozent der Stimmen

Provinz Formosa

Gildo Insfran (Frente para la Victoria)
Resultat: 72,8 Prozent der Stimmen

Provinz Misiones

Maurice Closs (Fie. Renov. de la Concordia)
Resultat: 38,4 Prozent der Stimmen

WOCHENÜBERSICHT

Diktatur-Verbrecher von den USA ausgeliefert

Ernesto Guillermo Barreiros ist Anfang dieser Woche an Argentinien ausgeliefert worden. Der frühere argentinische Offizier war laut Anklage während der Militärdiktatur (1976-83) als Verantwortlicher eines Geheimgefängnisses an Ermordungen, Folterungen und Verschleppungen von mutmaßlichen Regimegegnern beteiligt gewesen. Barreiros wanderte 2004 mit gefälschten Papieren in die USA ein und entging damit einer möglichen Festnahme in Argentinien. In der Ortschaft The Plains, etwa 80 Kilometer von Washington entfernt, versuchte er sich als Antiquitätenhändler. Im April dieses Jahres nahm ihn die US-Polizei fest. Wegen Fälschung von Einwandierungspapieren verbüßte er eine sechsmonatige Haftstrafe.

Wahlwillige Häftlinge ohne Urnen

Erstmals durften am letzten Sonntag in Argentinien auch Personen wählen, die in Haft sitzen. Allerdings galt das nur für solche, die einen Prozess am Laufen haben und noch nicht verurteilt worden sind. Betroffen davon waren rund 42.000 Häftlinge. Die Freude dar-

über dauerte in der Strafanstalt Devoto in der Hauptstadt Buenos Aires jedoch nur kurz. Denn die Wahlen mussten dort aufgrund der fehlenden Urnen frühzeitig abgebrochen werden. Durch die hohe Wahlbeteiligung waren die Urnen hinter Gittern schnell voll. Den Vorschlag der Häftlinge, provisorische Urnen aus Karton zu basteln, lehnte die Wahljustiz ab.

Erstes Hotel für Homosexuelle eröffnet

Das Axel-Hotel in der Stadt Buenos Aires ist das erste Hotel für Homosexuelle in Lateinamerika überhaupt. Die 48-Zimmer-Luxusherberge im touristischen Stadtviertel San Telmo ist das zweite seiner Art, das von dem spanischen Unternehmen Axel letzten Mittwoch eröffnet wurde. Das erste nahm seinen Betrieb in Barcelona in Spanien 2003 auf. Das neue Fünf-Sterne-Hotel kostete rund sieben Millionen Dollar, wie Juan Juliá Blanch mitteilte. Der 34-jährige Spanier und Begründer der Axel-Hotelkette bezeichnete Buenos Aires mit seiner offenen und lebendigen Kultur als idealen Standpunkt. Schätzungen zufolge sind etwa 20 Prozent der Touristen, die die Metropole besuchen, homosexuell.

Botnia-Eröffnung wurde verschoben

Der angereiste finnische Präsident der Zellulosefabrik Botnia in Uruguay musste seinen feierlichen Anzug wieder in den Schrank zurücklegen. Der uruguayische Präsident Tabaré Vázquez hatte vorgesehen, am Donnerstag die Bewilligung für die Inbetriebnahme der finnischen Botnia am Fluss Uruguay zu erteilen. In letzter Minute aber wurde auf Bitten des spanischen Königs Juan Carlos I. dieser offizielle Akt, der in der Hauptstadt Montevideo vonstatten gehen sollte, verschoben. Der König will nämlich am Interamerikanischen Gipfel kommender Woche in Chile nochmals im Streit um die Papierfabrik zwischen Argentinien und Uruguay vermitteln. Argentinien verlangt seit über zwei Jahren einen Standortwechsel der Botnia.

Taxifahren ist 20 Prozent teurer

Seit Donnerstag greift man in Buenos Aires tiefer in den Geldbeutel, wenn man mit dem Taxi durch die Stadt fahren will. Der Grundtarif beträgt neu 3,10 statt 2,60 Pesos und alle 200 Meter oder nach einer Minute Stillstand werden 31 statt 26 Centavos dazu ge-

zählt. Es handelt sich um eine Preiserhöhung von rund 20 Prozent. 1996 bis 2003 waren die Taxitarife eingefroren. In den letzten vier Jahren sind sie aber sieben Mal erhöht worden – insgesamt um 121 Prozent.

Weitere Flughafen-Diebe festgenommen

Am Mittwoch sind auf dem internationalen Flughafen von Ezeiza in der Provinz Buenos Aires 16 Angestellte festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, aus Gepäck von Passagieren und Flugzeugladeräumen Ware geklaut zu haben. Ein Bundesrichter hatte einen Tag davor 25 Durchsuchungen in Häusern von vermeintlichen Flughafen-Dieben, aber auch in privaten Lagern auf dem Flughafenareal Ezeiza angeordnet. Dabei sind die Beamten auf entwendete Ware im Wert von rund 500.000 Pesos gestoßen. Seit Wochen werden immer wieder Flughafenangestellte, darunter auch Sicherheitspersonal und Zollbeamte, wegen Diebstahls dingfest gemacht. Die gestohlene Ware, etwa Handys, Fotokameras und Weine, wird unter anderem im Stadtzentrum von Buenos Aires weiterverkauft.

(AT/cal)

Mit vertauschten Rollen

Sechzig Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts in Argentinien im September 1947 wurde mit Cristina Elisabet Fernández de Kirchner zum ersten Mal eine Frau als Präsidentin gewählt. Elisabeth lautet auf Spanisch Isabel wie die gleichnamige Vorgängerin im Amt, María Estela Martínez de Perón, genannt Isabelita, die ihren verstorbenen Gatten Juan Domingo Perón im Juli 1974 als Präsidentin beerbt hatte. Mit Cristina tritt zum zweiten Mal in Folge ein Staatsoberhaupt an, das deutschstämmig ist. Ihr Gatte Néstor Kirchner trägt den Nachnamen seines Grossvaters, ebenfalls deutschstämmig, und ihre Mutter Ofelia Wilhelmi stammt ebenfalls von Deutschen ab. Das dürfte den zweiten Vornamen erklären, der als Elisabet ohne h am Ende anstatt als Isabel eingetragen wurde. Vor beiden Kirchners hatte kein argentinischer Präsident deutsche Vorfahren.

Der Wahlgang vom 28. Oktober ergab einen klaren Sieg für Cristina Kirchner mit 8,2 Millionen Stimmen gleich knapp 45 Prozent etwa in der Grössenordnung der meisten Umfragen über die Wählerabsichten und den ersten Hochrechnungen nach dem Urnengang. Eine Stichwahl erübrigte sich, da Elisa Carrió mit 4,2 Millionen Stimmen, gleich fast 23 Prozent, nur die Hälfte der Stimmen erreichte. Weniger als 10 Prozentpunkte Vorsprung hätten zur Stichwahl geführt. Allerdings blieb Cristina Kirchner mit 45 Prozent leicht unter den Wahlsiegern von 1983 bis 1999, als 47 bis 52 Prozent zum Sieg von Alfonsín, Menem zwei Mal und de la Rúa führten. Roberto Lavagna schnitt mit 3 Millionen Stimmen gleich fast 17 Prozent als Dritter ab, gefolgt von Alberto Rodríguez Saá mit 1,4 Millionen Stimmen und 7,7 Prozent. Alle übrigen Kandidaten fielen unter je zwei Prozent der Stimmen.

Mit nur 71,8 Prozent Wahlgängern von 27 Millionen eingeschriebenen Stimmberechtigten schnitt die Wahl vom 28. Oktober am schlechtesten seit 1946 ab. Die meisten Präsidentschaftswahlen verzeichneten 80 Prozent oder mehr Wahlbeteiligung. Offenbar wirkte sich die allgemeine Politikverdrossenheit und Apathie aus, die auch dazu führte, dass zahllose Bürger/innen darauf verzichteten, ihre Ämter an den Wahltagen einzunehmen, die sich dieses Mal als besonders zeitraubend und aufwendig entpuppten. Die Zahl der Wahlische bei zunehmenden Wählerlisten blieb gleich, so dass je Wahlisch etwa 400 Wähler/innen gegen früher hundert weniger gezählt wurden. Es gab endlose Schlangen und zahlreiche Wahlische mussten auch nach 18 Uhr, als die Zeit um war, die Wähler/innen in den Schlangen zulassen. Für Wahlischleiter und Parteivertreter, genannt „fiscales“, ergab sich ein Arbeitstag

Néstor Kirchner neuer PJ-Parteichef?

Buenos Aires (AT/cal) - Was macht Néstor Kirchner nach seiner Amtszeit, die am 10. Dezember dieses Jahres zu Ende geht? Diese Frage bekommt der Noch-Präsident bereits seit einer Weile zu hören. Genau genommen seit er offiziell bekannt gegeben hatte, dass er nicht mehr für dieses Amt kandidieren wird, sondern seine Frau. Angeblich hat man ihm für die Zeit danach bereits Angebote in den USA gemacht, wie er selber gesagt hat. Als ehemaliges Staatsoberhaupt solle er Vorträge halten über seine erfolgreiche Regierung, die Argentinien aus einer der schwersten Wirtschaftskrisen herausgeführt hat. Wie aber bereits seine Frau, die neu gewählte Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, in einem Fernseh-interview am Montag sagte, Néstor Kirchners Herz schlage für die Politik.

Diese Woche war wiederum in den Medien zu lesen, was bereits seit geraumer Zeit gemunkelt wird: Der abtretende peronistische Präsident will sich künftig um die Reorganisation der zersplitterten Justizialistischen Partei (PJ) kümmern, welcher auch sein Flügel Frente para la Victoria angehört. Gleich nach dem Wahlsonntag habe er angeblich angeordnet, innerhalb von 180 Tagen sollen die nötigen Massnahmen getroffen werden, um einen Parteikongress einzuberufen - und um sich als Kandidat für das Amt des Parteipräsidenten vorzustellen.

Der Parteikongress steht schon lange an. Eigentlich hätte er bereits vor den Präsidentschaftswahlen einberufen werden sollen, um einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten zu bestimmen. Néstor Kirchner wuste es zu verhindern und nominierte seine Frau als Kandidatin. Vorausichtlich wird der Parteitag im Mai oder Juni stattfinden. Néstor Kirchner wird allerdings nicht der einzige Anwärter für dieses Parteiamt sein. Auch sein Spinnfeind und frühere argentinische Präsident Eduardo Duhalde hat bereits bekannt gegeben, dass er daran interessiert sei.

von 15 und mehr Stunden. Eine Zumutung, die mit zusätzlichen Wahlischen bei maximal 300 Wahlberechtigten ausgeräumt wird.

Der Wahlgang verlief ohne merkwürdige Zwischenfälle. Lediglich an einigen Tischen wurden gelegentlich fehlende Wahlzettel festgestellt, die mit Vorliebe den dissidenten Justizialisten Rodríguez Saá benachteiligten, der deutlichste Parteigegner der Präsidentengattin. Sie war von der Justizialistischen Partei innerhalb ihrer Allianz Front für den Sieg aufgestellt worden. Rodríguez Saá hat ihr etwa sieben Prozent der Stimmen abgezweigt, mit denen sie mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen geerntet hätte.

Der Wahlgang kürte ebenfalls ein Drittel der nationalen Senatoren, die Hälfte der nationalen Deputierten, mehrere Gouverneure, zahlreiche Bürgermeister und Provinz- sowie Gemeindeparlamentarier. Obwohl Frau Kirchner in Córdoba (gegen Lavagna), San Luis (gegen Rodríguez Saá) und der Stadt Buenos Aires (gegen Carrió) verlor, konnte ihre Parteienallianz zwei Drittel der nationalen Senatoren und mehr als die Hälfte der Deputierten gewinnen. Ausser Buenos Aires Stadt, Santa Fe, Neuquén, San Luis und Tierra del Fuego werden in allen anderen Provinzen Gouverneure der Regierungspartei oder Alliierte amtieren. Die parteipolitische Hausmacht des Ehepaars Kirchner ist somit für vier Jahre gesichert. Sie wirft politische Schatten auf die Nachfolge im Jahr 2011 voraus. In der besonders volatilen argentinischen Politik kommt freilich vielfach alles anders, als man denkt.

Ausser Gewinnern ergaben die Wahlen auch deutliche Verlierer. Ricardo López Murphy von Recrear, der 2003 3 Millionen Stimmen erhalten hatte, musste sich an siebter Stelle mit 270.000 Stimmen begnügen. Cristina Kirchner verlor zudem in den Grossstädten Buenos Aires, Rosario und Córdoba sowie in anderen Städten wie Bahía Blanca, La Plata und Mar del Plata. Einige Bürgermeister verloren erstmals nach mehreren Amtsperioden wie Manuel Quindimil in Lanús, Julio Alak in La Plata und Blas Altieri in Pinamar.

Mit Cristina Kirchner als Präsidentin und Néstor Kirchner als ihr Gatte, sozusagen der Prinzgemahl in einer Monarchie, die keine ist, treten beide Ehepartner ab 10. Dezember mit vertauschten Rollen auf. Cristina regiert formell, Néstor wird sich der Parteipolitik innerhalb der derzeit ruhenden Justizialistischen Partei mit ihren Allianzen, genannt Pluralistische Konzentration, widmen. Wer dann die echten politischen Entscheidungen fällen wird, die im Ehegemach unter Ausschluss von Familienmitgliedern und Freunden diskutiert werden, dürfte man kaum erfahren, wie es sich bisher im gleichen Gemach abspielte, nur mit umgekehrten Rollen.

Randglossen

Die praktische Abwicklung der Wahlen am vergangenen Sonntag entpuppte sich als besonders schwierig. Zahllose einberufene Bürger/innen stellten sich nicht als Vorstände der Wahlische ein und dürften gelegentlich gerichtlich belangt werden, weil sie ihre Bürgerpflicht nicht erfüllten. Vielfach mussten die Wähler/innen bis zu drei Stunden warten, ehe sie zu ihrem Wahlisch zugelassen wurden, so dass nach 18 Uhr munter weiter gewählt werden musste. Diese Schwierigkeiten und einige Mogeleyen mit Wahlzetteln haben der Alternative elektronischer Wahlgänge Vorrang gegeben, wie sie in USA und Brasilien geübt wird. Elektronisch zu wählen ist zwar aufwendig, aber zeitsparend und ermöglicht Kandidatenalternativen mit dem Druck auf einen Knopf, ohne wie bisher mit einer Schere die Wahlzettel abschneiden zu müssen.

In einer Presseerklärung hat die gewählte Regierungskandidatin Cristina Kirchner überraschend mitgeteilt, dass ihr ein Wirtschaftsmodell wie Deutschland für Argentinien vorschwebt, allerdings bezogen auf die Exportfähigkeit der Bundesrepublik, die bisher weltweit führend war und neuerdings von China überholt wird. Argentinien ist freilich ein besonders effizientes Agrarland, das weltweit die Konkurrenz gegen alle anderen aufnimmt, aber als Exportland auf die verarbeitende Industrie zu setzen, die in Deutschland dank Innovation, Forschung und Ausbildung der Arbeiter in Fachhochschulen blüht, erscheint weitgehend abwegig. Sicherlich wäre es begrüssenswert, wenn Argentinien als Industrieland in deutsche Fussstapfen treten würde.

AUSFLÜGE UND REISEN

Gratisführungen durch das unbekannte Buenos Aires

Buenos Aires ist als Stadt zu riesig, zu unentwirrbar, als dass selbst die Klügsten über ihre Geschichte und Geheimnisse Bescheid wüssten. Vom armseligen Lehmhüttendorf, dessen Bewohner zu den eigenen Schuhsohlen greifen mussten, um den quälenden Hunger zu stillen, zum Moloch mit mehr als 12.000 Häuserblocks (ein solcher wird kurioserweise „manzana“, Apfel genannt), über 350.000 Bauparzellen, zweitausend Straßen und Avenidas mit insgesamt mehr als 2200 Kilometer Länge, 6000 Kilometer Gehsteige sowie etwa 400 Parks und öffentliche Plätze - das ist selbst für einen Ort, der erst vor knapp 500 Jahren gegründet wurde, einfach zu viel. Groß-Buenos Aires, etwa doppelt so weitläufig wie das Großherzogtum Luxemburg, nicht mitgerechnet.

Deshalb brauchen nicht nur die Fremden sowohl aus dem Ausland



Café Tortoni an der Avenida de Mayo.



Caminito im Stadtteil La Boca.

als dem Landesinneren Nachhilfeunterricht, sondern auch jeder Porteño, der die Vergangenheit (und Gegenwart) näher kennenlernen möchte. Und die Stadtverwaltung kommt diesem kulturellen Bedürfnis nach, indem sie schon seit geraumer Zeit einen Gratis-Führungsdienst durch einige der interessantesten Stadtteile anbietet. Für November sind beispielsweise anberaumt (in Klammern Uhrzeit und Treffpunkt):

Sonntag, den 4. November: Plaza de Mayo und Casco Histó-

co (11 Uhr, Avenida de Mayo Ecke Bolivar, gleich beim Cabildo); Sonntag, den 11.: Balvanera (11 Uhr, Corrientes Ecke Callao); Freitag, den 16.: La Boca (15 Uhr, Pedro de Mendoza Ecke Almirante Brown); Samstag, den 17.: Puerto Madero (15 Uhr, Alicia Moreau Ecke Cecilia Grierson, Verlängerung der Avenida Córdoba); Freitag, den 23.: Botanischer Garten (15 Uhr, Las Heras und Santa Fe); Sonntag, den 25.: Plaza de los dos Congresos und Avenida de Mayo (11 Uhr, Rivadavia Ecke

Entre Ríos); Freitag, den 30.: San Telmo (15 Uhr, Balcarce Ecke Chile, zweisprachig spanisch/englisch).

Im Dezember gehen die Führungen weiter bis zum Beginn der Sommerpause ab Mitte des Monats. Telefonische Auskunft über weitere Führungen: 4114-5791.

Neben diesen gibt es noch ständig lokale Visitas Guiadas, wie etwa rund um die Manzana de las Luces mit ihren Tunnels.

Und schließlich sind da noch die erst jüngst in den Boden eingelassenen, dunkelgrauen Fliesen an 150 ausgewählten Orten der Stadt (Info Turística - Audio Guía Móvil), über die man durch Anwählen der Gratisnummer *8283 per Mobiltelefon über den besagten historischen bzw. bemerkenswerten Punkt Auskunft erhält.

Marlú



Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,16. Die Rofex Terminkurse betragen zum 29.2.08 \$ 3,180, 31.3. \$ 3,186, 30.4. \$ 3,196, 31.5. \$ 3,205, 30.6. \$ 3,213, 31.7. \$ 3,230, 1.9. \$ 3,240, 30.9. \$ 245 und 31.10. \$ 3,255.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,7% auf 2.321,57, der Burcapindex um 1,6% auf 8.426,88 und der Börsenindex um 1,7% auf 127.856,82.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 10,3% auf \$ 2,766.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 19.10.07 US\$ 42,62 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 64,72 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 42,52 Mrd. bzw. \$ 66,12 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 42,83 Mrd. bzw. \$ 63,78 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 28,41 Mrd. bzw. \$ 51,06 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 19.10.07 151,94%.

Das Senasa Amt hat mitgeteilt, dass in den ersten 9 Monaten 07 545.220 t Frischgemüse und Hülsenfrüchte für US\$ 262 Mio. ausgeführt wurden. Es waren mengenmäßig um 10% und wertmäßig um 48% mehr als im gleichen Vorjahreseitraum.

Die Regierung hat das Ziegenzucht-Förderungsgesetz 26.141 (Amtsblatt vom 26.10.07) reglementiert. Es wurde ein jährlicher und ständiger Förderungsbetrag von nicht weniger als \$ 10 Mio. bestimmt, der unter den Provinzen mit Ziegenzuchten verteilt werden muss.

Das zuständige Gericht hat den Fall niedergeschlagen, der mutmassliche Rechtswidrigkeiten bei der Gläubigereinberufung von 2000 durch SCP (Sociedad Comercial del

Plata), mit Passiven von US\$ 1,2 Mrd., untersuchte. Es war das größte Firmendefault der argentinischen Geschichte. Das Konkursverfahren wurde 04 mit einem Abschlag von rd. 80% der Schulden genehmigt und im Juni 05 vom Berufungsgericht bestätigt. Trotzdem beschuldigten in- und ausländische Gläubiger den Unternehmer Santiago Soldati unlauterer Tätigkeiten, um die Bestätigung widerrechtlich zu erlangen.

Der Landmaschinenbereich hat in den ersten 9 Monaten 07 für US\$ 116 Mio. exportiert, um 77,1% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, wie die Beraterfirma IES berichtet. Hauptabnehmer war wieder Venezuela, mit 72,6% der Gesamtabnahme, vor Uruguay mit 7,6%, Brasilien 3,3%, Chile 3,1%, Russland 2,9%, Bolivien 2,1% und Peru 1,4%. Die Landmaschineneinfuhren der ersten 9 Monate betrugen US\$ 514,8 Mio., um 24,1% mehr als vor einem Jahr. Mengenmäßig nahmen sie von 16.500 auf 30.900 Maschinen und Geräte um 87,6% zu. Hauptlieferant blieb Brasilien mit 77,7% Anteil an den Gesamteinfuhren von Landmaschinen, vor USA 13%, Deutschland 3,1% und Uruguay 2,1%.

Enap Sipetrol Argentina, die lokale Filiale der staatlichen chilenischen Enap (Empresa Nacional de Petróleo de Chile) will die Erdöl- und -gasförderung im Offshoregebiet des Australbeckens Anfang 08 aufnehmen, nachdem die Unterwasser-Ölleitungen gelegt und andere Bauvorhaben vollendet sind. Im Magallanes-Lager würden rd. 1.000 cbm/Tag Erdöl und 2,7 Mio. cbm/Tag Erdgas gefördert werden, erklärte die Firma. Von den Gesamtinvestitionen wurden US\$ 50 Mio. in die über 21 km langen Unterwasserleitungen investiert. Mit 6, mit eigenen Mitteln installierten und in Gang gesetzten Bohrinseln für Öl und Gas im Magallanes-vorkommen, ist Enap Sipetrol Argentina der grösste Offshorebetreiber Argentinien.

Die Ausschreibung für 5 Wärmekraftwerke mit insgesamt 1.500 MW Leistung für das Verbundnetz wurde zum 2. Mal vertagt. Die „Verteilte Stromgewinnung“ benannte Ausschreibung, die weitere 500 MW liefern würde, wird weiter bearbeitet, obwohl einige Aufträge für kleinere Kraftwerke vergeben werden könnten.

um die bedürftigsten Gebiete zu versorgen. Während der Energiekrise im Winter gab das Planungsministerium überraschend die Ausschreibung für den Kauf und Einrichtung von 5 120 MW bis 560 MW Erdgas- oder Heizölkraftwerken bekannt. Die Kosten würden \$ 3,25 Mrd. betragen und die E-Werke für Mar del Plata, Necochea, Campana und Córdoba bestimmt sein. Die Firmen Ansaldo, Iecsa, Isolux, Sadefem und Siemens haben Lastenhefte gekauft. Insgesamt 19 Unternehmen haben Finanzangebote gemacht, zwischen denen grosse Unterschiede bestehen sollen. Enarsa fordere jetzt Klarstellungen. In der Ausschreibung wurde auch das Angebot von 3 Schiffen mit 50-100 Megawatt-E-Werken gefordert, die in einem Hafen, Rosario oder Bahía Blanca, vor Anker liegen sollten, um dorthin zu fahren, wo ihr Einsatz notwendig wurde. Nun hat sich herausgestellt, dass die Stromgewinnung durch sie sehr teuer ist, und auch die Bau- bzw. Einfuhrkosten solcher Schiffe erheblich sind.

Bariven, Filiale des staatlichen venezolanischen Erdölunternehmens Pdvs, würde in Argentinien Einkäufe für US\$ 4 Mrd. tätigen. Das in der Karibik ansässige Unternehmen würde vorwiegend Anlagen für die Energiegewinnung erwerben, darunter Erdöl-Bohranlagen, Stromgewinnungsmaterial, Chemikalien für die Verbesserung der Erdölförderung, Zubehör für Rohrleitungen und Zentrifugalpumpen, wie das Aussenministerium in einem Bericht veröffentlichte.

Das Statistikamt Indec meldet, dass die Verkäufe der Shoppings im September, im Vorjahresvergleich um 21,6% und im Vormonatsver-

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Dr. Anita Grimm geb. Schiedeck, 97, am 26.8.

Ursula Olga Decker geb. Krüger, 79, am 30.10.

Juan Mandel, 78.

Geburtstage

im Altersheim „Los Pinos“

Caravelli Eva, 95, am 5.11.; Jäkel Elizabeth, 92, am 7.11.; Dietz Marta, 97, am 9.11.; Hammann Luisa, 85, am 11.11.; Fruecht-nicht Hannelore, 68 am 14.11.; Schwitsky Erna, 86, am 16.11.; Stöckel Maria, 83, am 17.11.; Schewtschenko Katherina, 83, am 19.11.; Freitag Mariana, 93, am 20.11.; Grisar Patricia, 88, am 26.11.; Soler Aida, 67, am 28.11.; Rempel Hermann, 86, am 29.11.

gleich um 1% zugenommen haben. Die Septemberumsätze betragen \$ 477,5 Mio., um 29,5% mehr als vor einem Jahr. Im Vorjahresvergleich der ersten 9 Monate nahmen die Umsätze um 28,3% zu.

Das Baugewerbe hat im September im Vorjahresvergleich um 1,7% zugelegt, und ging im Vormonatsvergleich saisonbereinigt um 2,8% zurück, wie das Statistikamt Indec bekanntgab. Ohne Saisonbereinigung betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 0,2% und gegenüber dem Vormonat 4,2%. Das sei auf die schweren Regenfälle im September zurückzuführen. In den ersten 9 Monaten legte das Baugewerbe 4,3% zu.

Die Fristeinlagen der Privatwirtschaft gingen im Oktober um \$ 746 Mio. zurück. Wie die ZB mitteilt, war das der grösste Rückgang des Jahres. Die Sichteinlagen nahmen um \$ 1,18 Mrd. zu, die Fristeinlagen in Dollar um knapp US\$ 70 Mio. Zum 19.10. hatten die gesamten Privateinlagen in 30 Tagen um \$ 965 Mio. um 0,7% auf \$ 143,44 Mrd. zugenommen.

Die Olivenproduktion hatte in den letzten Jahren eine starke Expansion. Die mit Olivenbäumen bepflanzte Fläche nahm von fast 30.000 ha 1980 auf gegenwärtig 85.000 ha zu. Das ist eine Folge des Gesetzes 22.021 vom Jahr 1979, das erlaubte, in La Rioja die Investition in Olivenpflanzungen (auch in Industriebetrieben u.a. Tätigkeiten) mit der MwSt. anderer Tätigkeiten zu finanzieren, die in 15 Jahren zurückgezahlt wurde, ohne Zinsen. 1983 wurde das System auf Catamarca, San Juan und San Luis erweitert. Abgesehen von der Erhöhung der Fläche, hat die Einführung neuer Technologien erlaubt, den durchschnittlichen Ertrag von 4 bis 5 t/ha bis auf 10 bis 12 t/ha zu erhöhen, so dass die Produktion viel stärker als die bepflanzte Fläche steigt. Für 2017 wird mit einer Verdoppelung der Olivenproduktion von gegenwärtig etwa 80.000 t gerechnet, und auch der von Olivenöl von gegenwärtig leicht über 20.000 t. 24.500 ha entfallen auf Catamarca, 20.500 ha auf La Rioja, 18.000 ha auf San Juan, 15.000 ha auf Mendoza, 5.000 auf Córdoba und 2.300 auf Buenos Aires. Für die nächsten fünf Jahre bestehen schon Projekte für weitere 7.500 ha in Catamarca und 6.500 ha in La Rioja. Da der Betrag, der über die MwSt. finanziert wird, seit 1991 nicht mehr wertberichtet wird, handelt es sich weitgehend um eine Subvention, wobei sich niemand fragt, ob dieser Einsatz knapper öffentlicher Mittel Sinn hat.

Bei der Lebacausschreibung der ZB vom Dienstag und Fälligkeiten von \$ 717 Mio. schrieb die ZB \$ 350 Mio. aus, um die Flüssigkeit am Platz zu erhalten. Das Angebot von \$ 733 Mio. wurde jedoch ganz angenommen. Lebac in Pesos auf 35 Tage zahlten weiter 10,5%. Auf 56 Tage 10,55% und auf 77 Tage 10,7%. Für

Steuereinnahmen im Oktober um 32,1% gestiegen

Die Steuereinnahmen im weiteren Sinn des Nationalstaates, einschliesslich Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren, lagen im Oktober mit \$ 17,65 Mrd. um 32,1% über dem gleichen Vorjahresmonat, so dass sie bei einer angenommenen Preissteigerung von 15% real um 17% über dem Vorjahr lagen. In 10 Monaten 2007 betragen die Fiskaleinnahmen \$ 161,75 Mrd., um 32,5% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Die AFIP rechnet für ganz 2007 mit \$ 200 Mrd., rund \$ 30 Mrd. über dem Plansoll. Für 2008 ist im Haushaltsvoranschlag ein Betrag von \$ 233,5 Mrd. vorgesehen, also 16,7% mehr als die effektiven Einnahmen von 2007. Wenn die gute Konjunktur andauert, und angenommen, die Inflation liegt bei 15%, so dürften die Staatseinnahmen schliesslich höher liegen, umso mehr als mit einer Zunahme der Exportzölle auf Getreide und Ölsaaten gerechnet wird.

Der Erlös der MwSt. lag im Oktober mit \$ 5,79 Mrd. um 33,1% über dem Vorjahr. Der hohe Absatz von Kfz und dauerhafter Konsumgüter, bei denen die Hinterziehung gering ist, wirkt sich hier direkt aus, ebenso wie die stark gestiegenen Importe, bei denen die MwSt. mit einem Zusatz einbehalten wird.

Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer lagen mit \$ 3,33 Mrd. um 20,9% über dem Vorjahr. In diesem Fall wirkte sich die Anhebung des steuerfreien Minimums und die Rückgabe der im Laufe des Jahres einbehaltenen Steuer durch Unternehmen oder Staatsämter (wie die ANSeS) im Oktober aus. Ohne dies wäre auch der Erlös der Gewinnsteuer um über 30% gestiegen.

Die Exportzölle verzeichnen mit \$ 2,12 Mrd. eine internauelle Zunahme von 46,4%. Das ist auf die Zunahme des Preises von Sojabohnen, Weizen u.a. Getreide- und Ölsaaten zurückzuführen, wobei die Exporte zum Teil vorverlegt wurden, weil eine Erhöhung des Exportzolltes erwartet wird.

Die Importzölle ergaben \$ 749,5 Mio., und lagen um 51,3% über dem Vorjahr. Dies deutet auf eine starke Erhöhung der Konsumgüterimporte aus nicht-Mercosur-Staaten hin, da die Importe aus Mercosur-Staaten zollfrei sind. Angeblich soll der Import aus China zugenommen haben.

Der Erlös der Steuer auf Giro- und Spardepositenbewegungen (benannt „Schecksteuer“) lag mit \$ 1,32 Mrd. um 37,6% über dem Vorjahr, also auf alle Fälle über der Zunahme des BIP zu laufenden Werten. Das hängt mit der guten Konjunktur zusammen und zeigt, dass diese Steuer sich kaum negativ auswirkt, wie erwartet worden war. Zahlungen von Konsumenten werden zunehmend über Kredit- und Scheckkarten abgewickelt, bei denen 3, bzw. 5 Punkte der MwSt. zurück erstattet werden, was die Schecksteuer mehr als ausgleicht.

Die Einnahmen des Systems der Sozialen Sicherheit, die vom ANSeS („Administración Nacional de Seguridad Social“) verwaltet werden, lagen mit \$ 3,05 Mrd. um 42,7% über dem Vorjahr. In diesem Fall wirken sich jedoch zwei Sonderfaktoren aus: 1. Die Übertragung der angesammelten Fonds von Personen, die vom privaten auf das staatliche Rentensystem übergehen, werden als laufende Einnahmen gebucht; 2. Bei der Pensionierung von etwa 1,2 Mio. Menschen, die die Altersgrenze überschritten hatten, aber die Beiträge nicht oder nur zum Teil gezahlt hatten, werden die geschuldeten Beiträge in Raten bezahlt; das schafft zusätzliche Einnahmen, die jedoch vom ANSeS bezahlt werden, das sie von den Rentenzahlungen abzieht.

längerfristige Papiere gab es keine Interessenten.

Die Provinzregierungen werden 07 mit einem Gesamtdéfizit von \$ 2 Mrd. abschliessen. Ihre Ausgaben stiegen schneller als ihre Einnahmen. Obwohl der Primärüberschuss, vor Zinszahlungen und Schuldammortisationen, weiter positiv ist, ist er mit \$ 676 Mio. halb so gross wie im Vorjahr. Für die Schuldenbedienung ist er ungenügend. Der gesamte Finanzierungsbedarf betrage \$ 5,59 Mrd., wie die Beraterfirma Economía & Regiones errechnet hat, 0,3% des BIP. Die Provinzen bleiben weiter von der Staatskas-

se abhängig. 07 haben die Überweisungen an die Provinzen um 30% zugenommen. Die Steuereintreibung der Provinzen nahm wesentlich weniger zu. Die Überweisungen des Staates machen 59% der Provinzeingänge aus. Wie in Wahljahren üblich, nahmen die Ausgaben für Personal mit 29% gegenüber dem Vorjahr, und öffentliche Bauvorhaben mit 42%, am meisten zu. Die Personalausgaben betragen 54% der laufenden Einnahmen und nahmen sowohl durch mehr Personal als auch durch höhere Gehälter zu. Die konsolidierten Provinzschulden werden zu Jahresende \$ 86,1 Mrd. betragen, um 7% mehr als vor einem Jahr.

Strukturänderung der Landwirtschaft

Die argentinische Landwirtschaft hat im letzten Jahrzehnt eine tiefgreifende strukturelle Wandlung durchgemacht. Die mit Getreide und Ölsaaten bebaute Fläche stieg von 26,3 Mio. Hektar im Jahr 1997 um eine Million Hektar auf 27,5 Mio. Hektar im Jahr 2005, und machte dann eine Sprung auf 32,5 Mio. Hektar im Jahr 2007, was eine Zunahme von 6 Mio. Hektar in einem Jahrzehnt ergibt. Dabei ist die für den Anbau von Sojabohnen bestimmte Fläche um 8,8 Mio. Hektar gestiegen, während die Maisfläche unverändert blieb, Weizen eine Abnahme von 400.000 Hektar, Sonnenblumen eine von 900.000 Hektar und Baumwolle eine von 700.000 Hektar auswies. Sojabohnen machen jetzt leicht über die Hälfte der gesamten bebauten Fläche aus, wobei diese Ölsaat erst 1970 in Argentinien eingeführt wurde.

Die Erweiterung der Fläche für Getreide und Ölsaat ging mit einer Verringerung der für Rinderzucht bestimmten Fläche um 11 Mio. Hektar einher, wobei gleichzeitig eine Verlegung des Rinderbestandes auf Grenzgebiete stattgefunden hat. Gemäss Angaben des landwirtschaftlichen Forschungsinstitutes INTA hatte die sogenannte „Pampa-Gegend“ 1994 63% des Rinderbestandes, während es jetzt nur 56% sind. Besonders stark nahm der Bestand in den trockenen Gegenden von San Luis und La Pampa, sowie im Norden zu. Aber ausserdem haben sich in diesen Jahren die „Feed-lots“ stark entwickelt. Es bestehen um die 300, die jährlich 2 Mio. Rinder mästen, von den etwa 13 Mio. die geschlachtet werden. Der Rinderstand hält sich in den letzten Jahren bei etwa 54 Mio. Das ist nur möglich dank der „Feed-lots“ und der Bewässerung in trockenen Gegenden.

Ebenfalls hat die Milchwirtschaft unter der Expansion des Ackerbaus gelitten. Die Zahl der Milchbetriebe nahm in den letzten 10 Jahren von 20.000 auf 14.000 ab, wobei allerdings die durchschnittliche Grösse gestiegen ist. Es fand somit ein Konzentrationsprozess statt, und ebenfalls ein Übergang zu einer intensiveren Bewirtschaftung.

Die Ernte 2006/07 erreichte 95 Mio. t. Für die Periode 2007/08 wird mit einer um 3% erhöhten Saatfläche gerechnet, so dass eine Ernte von 100 Mio. t möglich sein sollte. Im Frühling hat es ausreichend geregnet, wobei dank direkter Aussaat (bei der der Boden nicht gepflügt wird), die Bodenfeuchtigkeit besser erhalten wird, so dass auch eine Dürreperiode im Sommer ohne spürbaren Schaden überstanden werden kann.

Die Stiftung „Producir Conservando“ rechnet für 2015 mit 37 Mio. Hektar bebauter Fläche und einer Produktion von über 122 Mio. t. Die Expansion soll somit weitergehen, was gleichzeitig eine Intensivierung der Rinderzucht erfordert, mit mehr „feed-lots“. Wenn jedoch das bestehende Ungleichgewicht der Preise andauert, mit hohen Preisen für Getreide und Ölsaaten und relativ niedrigen Preisen für Rindfleisch, besteht die Gefahr, dass die Expansion des Ackerbaus schliesslich doch auf Kosten der Rinderwirtschaft geht.

Private Krankenkassen sollen für Vollbetreuung ab Dezember um 23% bis 24% teurer werden. Betreuungspläne mit beschränkter Betreuung und Sonderbeiträgen je nach Behandlung werden zu Jahresende um 6% und im März um weitere 3% teurer. 7% aller Mitglieder privater Kassen haben sich für diese Pläne entschlossen. Die Preiszunahmen der Sonderbeiträge werden von der entsprechenden Überwachungsbehörde bestimmt.

Nach Mitteilungen des Statistikamtes Indec hat die Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen im September im Vorjahresvergleich um 17,3% zugenommen. Die in Gebrauch befindlichen Mobiltelefonapparate legten 31,5% zu, die Gespräche über sie 41,3%. Bei Festtelefonen nahmen Stadtgespräche um 13,6% und Regionalgespräche um 21,4% zu. Die Zahl der Anschlüsse nahm um 2,3% zu, der in Dienst befindlichen um 2,9%.

Konkurrenzfähigkeit

Das Weltwirtschaftsforum, das jeden Januar in Davos ein Treffen von Staatsmännern und bedeutenden Unternehmern organisiert, ist eine private Organisation, die alljährlich auch die Konkurrenzfähigkeit von 131 Ländern bewertet, und dabei 11.000 Unternehmensleiter befragt. Die Umfrage bezieht sich auf verschiedene Faktoren, wie institutionelle Qualität, Rechtssicherheit, Effizienz des Arbeitsmarktes, Ausbau des Finanzmarktes, Infrastruktur u.a. Die Bemessung der einzelnen Faktoren ist weitgehend subjektiv, was jedoch durch die Tatsache beschränkt wird, dass in jedem Land viele Unternehmer ihre Meinung äussern, wobei sich aus den zahlreichen Fragen auch eventuelle Widersprüche ergeben, wenn sie nicht richtig beantwortet werden. Der Index wird international als seriös angesehen.

Argentinien ist von Platz 70 im Jahr 2006 auf auf Platz 85 2007 zurück gegangen. An erster stehen unverändert die USA, an zweiter die Schweiz, die im Vorjahr Platz 4 einnahm, an dritter unverändert Dänemark, an vierter Schweden, das im Vorjahr auf Platz 9 stand, an fünfter Deutschland, das vom Platz 7 aufgerückt ist, an sechster unverändert Finnland, an siebter Singapur, das eine Stelle nach oben gerückt ist, an achter Japan, das im Vorjahr Platz 5 innehatte, an neunter Grossbritannien, das im Vorjahr noch auf Platz 2 stand, und an zehnter die Niederlande.

Chile ist mit Platz 26 (Vorjahr: 27) führend in Lateinamerika, weit vor Mexiko, das Platz 52 einnimmt, genau wie im Vorjahr, und Brasilien an 72. Stelle (Vorjahr: 66). China nimmt Platz 34 ein, gegen 35 im Vorjahr. Am Schluss, auf Platz 131, liegt das afrikanische Tschad. Es fällt auf, wie stark sich die Positionen von einem Jahr zum anderen verändern. Die Konkurrenzfähigkeit weist eben eine Dynamik auf, die zu ständigen Fortschritten zwingt. Wer auf seinen Lorbeeren sitzen bleibt, wird von anderen überholt.

Bei dieser Statistik wird selbstverständlich die naturgegebene Konkurrenzfähigkeit nicht berücksichtigt, wie sie Argentinien bei Getreide und Ölsaaten und in den letzten Jahren auch bei Metallerzen aufweist. Es ist bedenklich, dass ein Land wie Argentinien, das kaum Analphabeten hat, dessen pro-Kopf-BIP über Brasilien, Chile und Mexiko liegt, und über eine zum grossen Teil gut ausgebildete Bevölkerung, meistens europäischen Ursprungs, verfügt, so weit unten liegt.

Öffentliche Telefone nahmen um 4,3% von 157.500 auf 150.700 ab. Pendlerzüge beförderten um 3,9% weniger Fahrgäste, Regionalzüge um 23,7% weniger. Vor Inbetriebnahme der U-Bahnstrecke H hatte die Passagierzahl des U-Bahnnetzes um 7,6% zugenommen. Der Busverkehr hatte um 10,6% mehr Fahrgäste als im Vorjahresseptember. Der Binnenflugverkehr hatte um 12,2%, der internationale um 14% mehr Fahrgäste. Die Stromlieferungen waren mit 9.009 GWh um 12,1% grösser, der Erdgasverbrauch mit 3.68 Mio. cbm um 10,7%. Das Indec nimmt jetzt die Dienstleistungen von 2004 als Vergleichsbasis. Bisher waren es die von 1996.

Im Oktober wurde an der Börse der bisher grösste Betrag mit vorausdatierten Bankschecks, \$ 64 Mio., gehandelt, um 7% mehr als im bisherigen Rekordmonat August. Dieser Börsenmarkt ist in einem Jahr um 44% grösser geworden und bewegt täglich rd. \$ 2,9 Mio. Die Anzahl der Scheckgeschäfte hat auf 2.100 zugenommen, um 29% mehr als im Vormonat. Der Durchschnittsbetrag der Schecks sei \$ 30.800. Die Fristen sind kürzer geworden. Im Oktober betrug die durchschnittliche Vorausdatierung 86 Tage, gegen 130 Tage im September.

Kfz Versicherungen sind im letz-

ten Monat um bis zu 35% teurer geworden. Die grossen Versicherungsgesellschaften, die 80% Marktanteil haben und daher preisbildend sind, erhöhten die Policen ab dem 1.10. Die Erhöhungen wurden von den Gesellschaften nach jeweiligem Ermessen bestimmt. Einige erhöhten einheitlich, andere belasteten risikogefährdete Marken mit grösseren, andere mit geringeren Erhöhungen. Andere Gesellschaften stellen monatliche oder Quartalspolicen statt jährlichen aus, und erhöhen jedesmal, aber um weniger. Die Durchschnittszunahmen haben 23% betragen.

Die je nach Gebiet unterschiedlichen Kraftstoff-Preiszunahmen haben jetzt kräftiger angezogen. Einige Tankstellen erhöhten um bis zu 8,5%. Superbenzin stieg von \$ 2,099 pro l auf \$ 2,199, Dieselloil von \$ 1,849 auf \$ 1,899. Die Petrobrastankstelle von Costanera Ecke Salguero erhöhte Pressgas von \$ 1,56 auf \$ 2,44. Der Verband privater Tankstellenbesitzer erklärte, die Preis-Zwangsjacke sei am Montag gesprengt worden, was Teil der Aufrichtigkeit sei, die die Branche erwartet hatte.

Der Pegasus Capital Investmentfonds gab bekannt, dass er die Apothekenkette Farmacity übernommen hat. Der Preis für das 1996 gegründete Unternehmen soll US\$ 110



SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
 Web / Video Digital
 3D / Animaciones

(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Mio. betragen haben. Pegasus besitzt auch die Unterhaltungselektronikette Musimundo, die Eiscremekette Fredo und die Aroma Kaffeehäuser. Farmacity soll jetzt stark expansiv werden, sowohl in Buenos Aires wie im restlichen Land. Innerhalb der nächsten 60 Tage sind 3 Neueröffnungen angekündigt und 08 soll über \$ 1 Mrd. umgesetzt werden.

Das von E. Elzstain geführte Immobilienunternehmen Irsa hat ein Angebot von U\$S 200 bis 230 Mio. für den Anteil seines chilenischen Partners, Parque Arauco, bei Apsa (Alto Palermo) die 10 Shoppings in Buenos Aires, Salta, Rosario, Mendoza, Cor-doba usw. besitzt, gemacht. Irsa hält derzeit 62,5% und Parque Arauco 29,5% von Apsa. Der Rest ist an der Börse und dem Nasdaq verstreut.

Taxis in Buenos Aires Stadt sind um 20% teurer geworden. Die angekündigte Tarifierhöhung wurde von der Stadtregierung mittels Dekret bewilligt. Die neuen Preise sind: Fahrtbeginn \$ 3,10 gegen bisher \$ 2,60. Jede zusätzlichen 200 m \$ 0,31 statt \$ 0,26.

Am argentinischen Landmaschinenmarkt würden nach amtlichen und privaten Schätzungen bis Jahresende \$ 1 Mrd. umgesetzt werden. Der Rekordumsatz würde den bisherigen Rekord von 04 übertreffen.

Der Rindfleischkonsum pro Einwohner ist mit 66,7 kg/Jahr der grösste der letzten 11 Jahre. Die Angabe wurde von Cicca, der Industrie- und Handelskammer für Fleisch und seine Nebenprodukte, veröffentlicht.

Siemens gab bekannt, dass 2 Gasturbinen für das Kraftwerk José de San Martín, in Timbúes, die in Berlin hergestellt worden sind, in Zárate eingetroffen sind, so dass in Kürze die Montage beginnt.

Die Bank Macro hat die Frist für die Zeichnung der von ihr ausgegebenen Obligationen für u\$S 100 Mio. um 3 Monate bis zum 1.2.08 verlängert. Als Grund wurde die Lage auf dem internationalen Finanzmarkt angegeben.

Die Regierung hat ein Register für den Export von Milch und Milchprodukten geschaffen, das dem Kontrollamt des Landwirtschaftssekretariates (ONCCA) unterstellt ist. Da Trockenmilch für den Exporteur zu u\$S 2.100 je Tonne verrechnet wird, und der Rest, der bis zu u\$S 2.000 ausmacht, vom Zollamt eingenommen wird, wird vermutet, dass die angegebenen Preise unter den effektiven liegen. Das soll jetzt scharf kontrolliert werden.

Wie die Consulting-Firma abecbe (geleitet von Dante Sica) mitteilt, war die bilaterale Handelsbilanz mit Brasilien im Oktober um

u\$S 575 Mio. negativ, womit schon 53 Monate in Folge ein Handelsbilanzdefizit besteht. Das Defizit war drei Mal so hoch wie im Oktober 06 und lag 28,6% über September 07. In 10 Monaten 07 betrug das Defizit u\$S 3,52 Mrd. Die Exporte lagen im Oktober mit \$ 895 Mio. um 3,6% über September und um 6,5% über Oktober 06, so dass die Zunahme des Defizites auf eine starke Erhöhung der Importe zurückzuführen ist.

Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) hat dem Schatzamt \$ 500 Mio. geliehen, zu welchem Zweck es Schatzscheine zu 7,85% mit Verfall am 27.2.08 entgegenommen hat. Anfang Oktober hatte die AFIP schon Schatzscheine für \$ 200 Mio. übernommen. Es mutet merkwürdig an, dass dieses Amt dem Schatzamt Geld leiht, nachdem die Steuereinnahmen automatisch abgeführt werden und die AFIP keinen Überschuss haben soll. Aber es handelt sich hier um einen Überschuss der ANSeS, der schliesslich für die gesetzlich vorgesehenen Zwecke dieses Amtes eingesetzt wird.

Durch Dekret 1477/07 (Amtsblatt vom 1.11.07) wurde die Rückprivatisierung des vom Staat im November 03 übernommenen Postunternehmens zum 5. Mal hinausgeschoben, dieses Mal bis zum 31.7.08. Die Regierung hat bisher keinen echten Privatisierungswillen gezeigt, was voraussetzt, dass Bedingungen festgesetzt werden, die die Post für ein Privatunternehmen interessant machen.

Die Regierung hat die Verträge von 9 Fachleuten des INDEC nicht erneuert, die gegen die Indexfälschung Stellung bezogen hatten und als Zeugen vor Gericht, im Prozess wegen dieser Angelegenheit, aufgetreten waren.

Der ZB-Bericht für das 3. Quartal 07 ergibt, dass der private nicht finanzielle Sektor in dieser Periode u\$S 4,35 Mrd. überwiesen hat, wobei die ZB u\$S 200 Mio. von ihren Reserven abstossen musste, um die erhöhte Devisennachfrage zu befriedigen, obwohl die Handelsbilanz in dieser Periode ausgesprochen positiv war. Am Devisenmarkt betrug der Umsatz u\$S 86,74 Mrd., um 6% mehr als der Rekord des 2. Quartals und 62% mehr als im gleichen Vorjahresquartal.

Die Firma „Generación Mediterránea“, die zum Albanesi-Konzern gehört, hat die Montage der Turbinen ihres Kraftwerkes in Rio Cuarto, Córdoba, begonnen, durch die die Kapazität um 165 MW erhöht werden soll. Die Investition beträgt u\$S 100 Mio., wobei u\$S 70 Mio. von der schweizer Bank Credit Suisse finanziert wurde.

Der Verband der Kfz-Agenturen Acara meldet, dass im Oktober 46.922 Kfz verkauft wurden, um

Supermarktpreise nahmen im September um 2% ab

Das Statistische Amt (INDEC), meldet, dass der nominale Umsatz der Supermärkte (72 Unternehmen mit 1.496 Verkaufslokalen) im September mit \$ 2,79 Mrd. um 1,2% über August und um ganze 37,3% über September 2006 lag. Dabei seien die Preise gegenüber dem Vormonat um 2% zurückgegangen. Das INDEC geht vom effektiven Umsatz aus, der dann mit dem Preisindex korrigiert wird, woraus sich die mengenmässige Veränderung des Umsatzes ergibt. Auf diese Weise ergibt sich, dass der Umsatz im September real um 3,3% über August lag. Gegenüber September 2006 betrug die Mengenzunahme indessen wegen der Preiszunahme 20,3%, was auf alle Fälle enorm viel ist und darauf hinweist, dass die Bevölkerung bei ihren Käufen stärker auf Supermärkte übergegangen ist. Das ist u.a. auch auf die Öffnung neuer Lokale zurückzuführen. Der Index der Preise der Supermärkte verzeichnet in 9 Monaten eine Zunahme von 12%, fast doppelt so viel wie der Index der Konsumentenpreise mit 5,8%

Die Preiserhebung des INDEC bei den Supermärkten ist verdächtig, umso mehr als das Amt schon den allgemeinen Preisindex notorisch gefälscht hat. Es ist möglich, dass Preise von Produkten genommen wurden, die gemäss Abkommen mit der Regierung im September verbilligt wurden, oder dass es schon Preisrückgänge bei bestimmten Gemüsenarten, wie Kartoffeln und Tomaten gegeben hat, nachdem letztere sprunghaft von \$ 3 auf über \$ 10 gestiegen waren.

Indessen hat der seriöse Konsumentenschutzverband ADELCO, der seit Jahren die Preise von 28 Produkten erhebt, für Oktober (Erhebung von 26.9. bis zum 29.10.2007) einen Rückgang von 2,74% bei Nahrungsmitteln und Artikeln für persönliche Hygiene festgestellt. Dabei sind die Preise der billigeren Warensorten sogar um 7,62% zurückgegangen. Die Preisabnahmen waren jedoch mehr in der zweiten Oktoberhälfte betont, nicht im September. Adelco hat folgende Preisverringerungen festgestellt: Kartoffeln: 33,33%; runde Tomaten: 30,23%; Fleisch für Schnitzel („milanesas“): 9,37%; verpacktes Milchbrot: 6,30%; Toilettenseife: 6,30%. Auf der anderen Seite stellt ADELCO folgende Preiszunahmen fest: trockende Teigwaren: 11,04%; Tomatenkonserven: 10,01%; Maismehl: 9,69%; Toilettenpapier: 8,01%, Sonnenblumenöl: 9,89%.

Die Zeitung „La Nación“ hat am Mittwoch eine Preisstatistik der Firma IFR Motoring veröffentlicht, gemäss der die Preise von Haushaltsgeräten in einem Jahr zum Oktober durchschnittlich um 11,5% gestiegen sind, während die Preise elektronischer Produkte in der gleichen Periode um 16,9% geringer geworden sind. Bei den Zunahmen stehen Entsafter („licuadoras“) mit 15,5% und Heisswasserspeicher mit 15,4% an der Spitze, während bei den Abnahmen Mobiltelefone mit Abonnement mit minus 24,9% den höchsten Wert erreicht haben.

31,2% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. In 10 Monaten wurden 500.081 Kfz angemeldet, mehr als die 485.865 des ganzen Jahres 1994, das

bisher einen Rekord darstellte. In den ersten 9 Monaten waren 57% der angemeldeten Kfz importiert und 43% lokal erzeugt.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Kontinuität und neue Realitäten

Es dürfte kein Zweifel bestehen, dass Cristina Fernandez de Kirchner die Kontinuität ihres Gatten Néstor darstellt. Sie hat dies in den spärlichen Auftritten während ihrer Wahlkampagne ständig wiederholt, wobei sie ohnehin während der Kirchner-Periode mitgemischt hat. Indessen bestehen bei einem Personenwechsel unvermeidlich Unterschiede, da sich die Persönlichkeit auch auswirkt. Kirchner und seine Gattin haben stets heftig diskutiert, wobei er jedoch das letzte Wort

hatte. Jetzt wird es umgekehrt sein. Schon in ihrer Ansprache zum Wahlsieg, am Sonntagabend, schlug sie einen anderen Ton als ihr Gatte an: sie sprach von Verständigung und Versöhnung, und mied sorgfältig die Konfrontation, die Néstor Kirchners Persönlichkeit kennzeichnet. Man hat den Eindruck, dass es sich mehr als nur um einen Charakterunterschied und Meinungsunterschiede in zweitrangigen Aspekten handelt.

Obwohl Frau Cristina bei den Wahlen über den doppelten Pro-

zentsatz der Stimmen erhielt, die ihr Mann 2003 erhalten hatte, und somit ihre Legitimität und Autorität nicht diskutiert werden sollten, braucht sie doch eine weitere Unterstützung, um die Probleme zu meistern, die auf sie zukommen. Argentinien bedarf in wichtigen Fragen eine sogenannte „Staatspolitik“, die auch von Oppositionspolitikern prinzipiell unterstützt werden muss. Das geht jedoch nur, wenn man die Opposition freundlich behandelt und als solche berücksichtigt.

Sie muss, als erstes, die Gewerkschaftsführer bändigen, und das ist nicht einfach, vor allem nachdem Präsident Kirchner sie gestärkt hat und ausgerechnet dem schlimmsten von allen, Hugo Moyano, eine grössere Machtbasis gegeben hat. Vor Kirchner war Moyano nur für die Lastwagenchauffere des Ferntransportes zuständig; jetzt hat er auch diejenigen unter sich, die den lokalen Transport für Supermärkte u.a. Unternehmen vollziehen. Das bedeutet, dass er die Möglichkeit hat, die Wirtschaft völlig lahmzulegen und Knappheit an Lebensmitteln zu schaffen. Er hat effektiv mehr Macht als sie seinerzeit der Chef der Metallarbeiter, Lorenzo Miguel, hatte, der einen grossen Teil der Verantwortung dafür trug, dass die Militärs Frau Perón im März 1976 absetzten. Die Wirtschaft befand sich damals inmitten einer beschleunigten Lohn-Preis-Spirale kurz vor der Hyperinflation, mit Preiszunahmen von 50% im März und auch im April 1976, was nur dadurch gebremst wurde, dass die Militärs Miguel und die anderen wilden Gewerkschaftsführer verhafteten, sofern sie nicht geflohen waren. Somit sank die Inflation im Mai auf 3%, und die Hyperinflation wurde vermieden, wenngleich eine Hochinflation verblieb, die unter Alfonsín gefährlich zunahm und 1989 in der ersten Hyperin-

flationswelle endete, der 1990 eine zweite folgte. Erst mit der Konvertibilität im Jahr 1991, begleitet von einer Öffnung der Wirtschaft, einer allgemeinen Deregulierung, der Privatisierung der Staatsunternehmen und einer faktischen Eindämmung der Gewerkschaftsmacht, konnte stabilisiert werden. Die Inflation muss im Keime erstickt werden; das sollten wir aus der traumatischen argentinischen Erfahrung gelernt haben.

Die Spitzengewerkschafter haben schon Forderungen von 20% bis 30% angekündigt, sogar mit einer Indexierungsklausel, die inflationsbeschleunigend wirken würde. Indessen sollten es nur 10% sein, um die Inflation zu bändigen. Da jedoch gleichzeitig Tarife erhöht werden müssen, sowohl beim Strom, wie beim städtischen Personentransport u.a. Bereichen, und ausserdem noch Preiserhöhungen bestehen, die von aussen kommen, als Folge der Hausse der Commodity-Preise, ist es besonders schwierig, die Forderungen der Gewerkschaften zu bremsen. Ebenfalls muss wohl gelegentlich etwas stärker abgewertet werden, um den real hohen Wechselkurs zu erhalten, was dann weitere inflationäre Impulse auslöst.

Néstor Kirchner hat sich die Gewerkschaftsthese zu eigen gemacht, dass der verlorene Reallohn aufgeholt werden müsse, um eine angeblich unter Peróns ersten Regierungen bestehende Verteilung des Volkseinkommens von 50% für Arbeitnehmer und 50% für das Kapital wieder herzustellen. Kirchner sagte unlängst, jetzt sei man schon bei 46% angekommen, wobei die Gewerkschafter entgegennehmen, dass dies durch die Zunahme der Beschäftigung und die Verringerung der Arbeitslosigkeit, aber nicht durch eine ausreichende Erhöhung des Reallohnes zustande gekommen sei.

Das ist alles grober Unfug; denn einmal bestehen keine Statistiken, die diese Phantasien über die Aufteilung des Volkseinkommens belegen, und dann fallen hier die Arbeits-einkommen der selbstständig Tätigen, die in den letzten Jahrzehnten eine zunehmende Tendenz aufweisen, unter den Tisch, ebenso wie Naturaleinkommen, die viele Familien, vor allem im Landesinneren in Form eigener Gemüseproduktion u.a. Tätigkeiten dank ihrem persönlichem Einsatz erhalten. Ebenfalls werden Einkommen von Kleinunternehmern als Kapitaleinkommen be-

trachtet, obwohl es sich im Wesen um Arbeitseinkommen handelt. Und schliesslich steigt das Kapitaleinkommen in einer Wirtschaft, die zunehmend kapitalintensiver wird, weil die Kapitaleigentümer entlohnt werden müssen. Cristina wäre gut beraten, wenn sie diese begrifflich und faktisch verkehrten Daten der Einkommensverteilung bei Seite lässt. Denn es ist ein Widerspruch, den Gewerkschaften theoretisch recht zu geben, und dann in der Tat nicht. Das schwächt die Regierung.

Die Lohnpolitik muss der Stabilität untergeordnet werden und sich an Produktivitäts- und Effizienzgewinne halten, und das bedeutet, dass die Löhne differenziert sein müssen, einmal nach Unternehmen, und dann gemäss Angebot und Nachfrage für die einzelnen Berufe und Fähigkeiten. Alles andere ist inflationär. Wenn den Regierenden diese Konzepte nicht klar sind, werden sie mit der Inflation nicht fertig, und laufen dabei Gefahr, dass diese mit ihnen fertig wird, wie es bei Isabel Perón und Alfonsín der Fall war.

Es kommen auch andere neue Realitäten auf die kommende Regierung zu. Es ist etwas ganz anderes, Wirtschaftspolitik zu betreiben, wenn die Wirtschaft den Tiefpunkt der Rezession kaum überwunden hat, als jetzt, wo sie auf vollen Touren läuft und die Krise schon lange vorüber ist. So muss jetzt die Stromversorgung rationell verwaltet werden, um die Folgen von Knappheitserscheinungen für die Wirtschaft auf ein Mindestmass zu beschränken. Die Erdöl- und Gaspolitik muss eine Rahmenordnung erhalten, die die Forschung anregt, um zu vermeiden, dass die Aussenhandelsbilanz der Energie, die ab August negativ geworden ist, es noch mehr wird. Die Experten meinen, dass bei intensiver Forschung die Aussicht gross ist, dass neue Reserven gefunden werden. Aber die Regierung muss die Bedingungen schaffen, damit diese Forschung zustande kommt, die kostspielig und mit hohem Risiko verbunden ist.

Frau Cristina hat schon angedeutet, dass sie mehr Interesse für gute Beziehungen zu anderen Staaten, vor allem den hochentwickelten, haben wird, als ihr Mann, den dies wenig kümmerte. Es wird erwartet, dass sie die Schulden gegenüber den Staaten des Pariser Klubs regelt, die mit Zinsen um die u\$ 7 Mrd. betragen, wobei der genaue Betrag uns nicht bekannt ist, da es sich zum Teil um Schulden in Euros und

MAXINTA

**Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa**

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

Yen handelt, deren Gegenwert in Dollar gestiegen ist. Eine Umschuldung erfordert jedoch, gemäss Regeln des Pariser Klubs, ein Abkommen und die Aufsicht des IWF. Angeblich soll dieses Problem gelöst werden, indem das Abkommen anders benannt wird. Nur wenn dieses Problem gelöst ist, können die Institute, die politische Risiken versichern (Hermes in Deutschland, Coface in Frankreich, u.a.) wieder bei Lieferungen von Kapitalgütern mitwirken, die Argentinien (besonders die Industrie) dringend braucht. Der Regierungswechsel sollte somit die Gelegenheit bieten, dieses absurde Problem zu lösen, bei dem es im Grunde nur um die Wahrung des Gesichtes geht.

Ebenfalls wird erwartet, dass sie die Frage der sogenannten „Hold-outs“ regelt, denen mit Zinsen um die u\$ 25 Mrd. geschuldet werden. Die Regierungen der Staaten, in denen diese Gläubiger leben, sind der Meinung, dass der Notstand, der 2002 bestand, überwunden ist, so dass eine schlichte Streichung der Schuld, wie sie Argentinien vorgenommen hat, nicht zulässig ist. Es wäre auf alle Fälle für Handel und Investitionen positiv, wenn dieser Konflikt bereinigt würde.

Die Wiederherstellung normaler Beziehungen mit der Welt ist auch notwendig, um den internen Kredit- und Kapitalmarkt zu beleben, was für die Entwicklung der Wirtschaft unerlässlich ist. Ohne dies können nur multinationale Unternehmen expandieren, die Zugang zum internationalen Finanzmarkt haben.

Eventuell könnte die Periode bis zum 10. Dezember verwendet werden, um bestimmte heikle Fragen anzupacken, wie die der Tarife. In dieser Periode lenkt sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die neue Regierungsperiode, mit allerlei Spekulationen über die Zusammensetzung des Kabinetts u.dgl. mehr. Das erlaubt es, bestimmte Massnahmen ohne gros-

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)		
	2005	2006
Okt.	11.625.005	61.603.258
Nov.	7.054.734	22.805.849
Dez.	5.847.500	14.647.002
	2006	2007
Feb.	9.662.344	14.747.488
März	128.770.085	21.825.344
April	13.159.312	8.469.579
Mai	17.049.372	4.449.845
Juni	16.461.136	4.965.966
Aug.	18.894.930	19.901.707
Sep.	3.487.929	24.557.815
Okt.	61.603.258	31.557.514

sen Aufruhr zu treffen. Somit kann es eventuell Überraschungen geben.

Wie verlautet sollen in dieser Periode die Exportzölle für Sojabohnen, Weizen und Mais erhöht werden, um einen Teil der internationalen Hausse der letzten Monate abzuschöpfen. Dadurch sollen die internen Preise weniger steigen, und die Staatskasse einen Zuschuss erhalten, der den echten

Die Prioritäten der Gesellschaft

Die Umfragen ergeben, dass die argentinische Gesellschaft sich gegenwärtig über ihre Prioritäten im Klaren ist. Das war nicht immer so. Wie weit sich die Gesellschaft allerdings bewusst ist, was diese Prioritäten beinhalten, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Es ist Aufgabe der Regierung, dies zu erklären, damit die Politik, die der Einhaltung der gesellschaftlichen Prioritäten gerecht wird, gutgeheissen und unterstützt wird.

Die erste Priorität bezieht sich auf persönliche Sicherheit. Das erfordert zunächst eine prinzipielle Einstellung der Regierung gegenüber der Polizei, die einer klaren Rückendeckung bedarf, um gegen Verbrecher vorgehen zu können. Solange Polizisten als „Repressoren“ (also Unterdrücker) bezeichnet werden, und stets suspekt sind, unnötigerweise geschossen zu haben, ist Hopfen und Malz verloren. Gewiss: die Polizei muss, wie in den USA, eine interne Abteilung haben, um die Polizisten zu kontrollieren. Aber prinzipiell muss davon ausgegangen werden, dass die Polizei, und nur die Polizei, uns alle vor Verbrechen schützt, und in diesem Sinne vorgehen können muss.

Das Problem hat mehrere wirtschaftliche Aspekte. Persönliche Sicherheit ist auf alle Fälle sehr teuer, und darüber scheint man sich nicht bewusst zu sein. Zunächst sind mehr Polizisten notwendig, um die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Dann sollten Polizisten in der Lage sein, mit ihrem Lohn einigermassen auszukommen. Das ist gegenwärtig nicht der Fall; die Polizisten verdienen ein Zusatzgehalt durch Erpressung von Nachtlokalen, Prostituierten, Travestiten, illegalen Glückspielbetreibern u.a. Das wird als normal hingegenommen, ist jedoch bedenklich. In den letzten Jahrzehnten ist der Drogenhandel hinzugekommen, an dem Polizisten auch verdienen (um ihn zu dulden oder gar zu schützen), womit dieses Phäno-

Überschuss wieder herstellt. Allein, auch wenn beim Weizen der Exportzoll von 20% auf 30% angehoben wird, wird der interne Preis fühlbar zunehmen, sobald der Export wieder zugelassen wird. Die Wirkung auf den Mehlpreis soll jedoch mit einem Teil der Einnahmen finanziert werden, die die Erhöhung der Exportzölle mit sich bringt.

men kaum bekämpft werden kann. Der Rauschgifthandel verteilt so viel Geld, dass es schwierig ist, dagegen anzukommen.

Der Drogenkonsum steht in direktem Zusammenhang mit dem Verbrechen. Es handelt sich somit nicht nur darum, die neuen Generationen zu schützen und eigentlich sogar als Menschen zu erhalten, sondern um den Kampf gegen das Verbrechen. Polizisten müssen somit als erstes höher bezahlt werden, und dann für Aufdeckungen von Drogenhandel grosszügige Belohnungen erhalten. Es muss spezialisierte Abteilungen geben, die sich nur mit Drogenhandel und -konsum befassen. Oder der Drogenhandel wird legalisiert; aber das ist ein heikles Thema, auf das wir hier nicht eingehen wollen. Auf alle Fälle sollte das Problem nicht unter den Teppich gefegt werden.

Verbrechertum hängt auch mit extremer Armut zusammen. Gewiss sind die Armen prinzipiell keine Verbrecher; aber arme junge Menschen, die arbeitslos sind, und sich als ausgeschlossen von der modernen Gesellschaft empfinden, haben einen effektiven Anreiz zu stehlen und, wenn notwendig, dann auch zu morden. Man muss sich um diesen Teil der Gesellschaft kümmern, und auch das kostet Geld. An erster Stelle bedarf es einer grossen Zahl von Sozialassistenten (mindestens eintausend), die diesen Menschen, und auch ganzen Familien, helfen, sich in die zivilisierte Gesellschaft einzugliedern. Viele müssen vorerst von Krankheiten geheilt oder, im Fall von jungen Menschen, psychologisch behandelt werden; und dann bestehen viele Möglichkeiten der Berufsausbildung, als Bauarbeiter oder für andere Tätigkeiten, die vielen Arbeitlosen nahegelegt werden müssen. Sozialassistenten pflegen in fortgeschrittenen Staaten auch Kontakt zu Unternehmen, damit diese Programme einrichten, um sie aufzunehmen. All dies kostet den Staat auf alle Fälle Geld. Schliesslich er-

fordert die Engliederung dieser ausgeschlossenen Gruppen in die Gesellschaft auch, dass ihnen der Zugang zu einer halbwegs zivilisierten Wohnung erleichtert wird. Und das kostet den Staat noch mehr Geld als alles andere.

Viele Verbrecher haben schon eine Haft abgesessen, und sind danach rückfällig geworden. Die Rückfälligkeit ist sehr hoch, mit 50% und mehr. Die Gefängnisse wirken dabei als Ausbildungsstätten, so dass junge Häftlinge, die sich eines leichten Vergehens schuldig gemacht haben, zu Berufsganoven werden. Ausserdem bilden sich in den Gefängnissen Banden. Es gibt dabei keine Resozialisierung durch Erziehung, Sport, Ausbildung und Behandlung durch Psychologen. Gefängnisse sollten als besondere Schulen, statt nur als Strafanstalten, aufgefasst werden. Ausserdem sind die bestehenden Gefängnisse überfüllt, so dass die Häftlinge in unmenschlichen Verhältnissen leben, was ihr Ressentiment gegen die Gesellschaft schürt. Es besteht ein grosser Bedarf an neuen Gefängnissen, für die der Staat hohe Mittel einsetzen muss; und ausserdem würde die Resozialisierung auch Geld kosten.

Hier sei bemerkt, dass die USA und Grossbritannien private Gefängnisse eingeführt haben, bei denen ein grosser Teil der Investition von den Privatunternehmen getragen wird. Ausserdem sind sie pro Sträfling viel billiger als die staatlichen, kümmern sich um Resozialisierung, Erziehung und Ausbildung, und weisen viel geringere Rückfälligkeitskoeffizienten aus. All das wäre in Argentinien noch ausgeprägter. Zum Thema Gefängnisse sei bemerkt, dass bestehende stillgelegte Militärgarnisonen mit relativ geringen Investitionen in Gefängnisse für weniger gefährliche Häftlinge eingesetzt werden können. Sie haben den Vorteil, dass sie über eine grosse Fläche Land verfügen, so dass sportliche und landwirtschaftliche Tätigkeiten (Gemüseanbau u.dgl.) betrieben werden können, die auch zur Resozialisierung gehören. In Argentinien besteht viel Erfahrung mit privater Erziehung und privater Sicherheit, so dass es bestimmt Interessenten für private Gefängnisse geben würde.

Wenn der Staat mehr Mittel aufwendet, um dem Wunsch der Gesellschaft, vor allem des unteren Mittelstandes (der keine Möglichkeit hat, eine private Sicherheitsorganisation zu verpflichten),

LANXESS
Energizing Chemistry

La química mueve el mundo.
LANXESS mueve la química.

www.lanxess.com

nach mehr Sicherheit entgegen zu kommen, muss anderswo gespart werden. Der Staat kann sich somit nicht den Luxus leisten, eigene Unternehmen zu betreiben, und muss auch versuchen, Investitionen in Infrastruktur so weit wie möglich auf die Privatwirtschaft zu verlagern, wie es unter Menem der Fall war. Das gegenwärtige Schema, dass die Finanzierung, die unter Menem Privatunternehmen zur Last fiel, wieder auf den Staat übertragen wird, ist mit der Priorität der persönlichen Sicherheit unvereinbar. Verrückte Projekte, wie die Hochgeschwindigkeitsbahnen, und teure und unnötige staatliche Unternehmen wie Enarsa, passen gewiss nicht in dieses Schema. Christus soll es gelungen sein, Brot und Fische zu vervielfachen; für einen normalen sterblichen Präsidenten ist dies leider unmöglich. Er muss wählen, wie er das Geld des Staates ausgibt. Die meisten Präsidenten, einschliesslich Néstor Kirchner, verstehen dies jedoch nicht.

Die zweite Priorität, die bei Umfragen auftaucht, bezieht sich auf die Inflation. Es ist ein grosser Fortschritt, dass die Gesellschaft sich aufregt, wenn die jährliche Inflationsrate 15% übersteigt und der Fälschung der Preisindizes eine grosse Bedeutung beimisst. Jahrzehntlang ertrug die Gesellschaft mit Geduld und einem Achselzucken Inflationsraten von über 20% pro Jahr und sogar 50% und mehr. Viele Wirtschaftler und Politiker waren damals der Meinung, dass die Inflation in einem Schwellenland unvermeidlich und sogar positiv sei. Denjenigen, die für Stabilität eintraten, wurden böse Absichten angekreidet, u.a., dass sie die Wirtschaft nicht wachsen lassen wollten und keine Sensibilität gegenüber der Armut hätten. Es gibt immer noch Personen, die sich als Wirtschaftler ausgeben und so denken; aber es sind zum Glück wenige, und ausserdem will die Gesellschaft

entschieden Stabilität. Das ist ein Erbe der Menem-Regierung, der es gelungen ist, absolute Stabilität bei hohen Wachstumsraten zu erreichen. Schliesslich hat Menem seine Wiederwahl im Jahr 1995 vornehmlich dank Stabilität erreicht.

Es ist gegenwärtig nicht einfach, die verlorene Stabilität zurück zu gewinnen, und auch nur die Inflation auf eine einstellige Jahreszahl zurück zu schrauben. Das politische Problem besteht darin, dass dies eine harte Haltung gegenüber den Gewerkschaften

erfordert, wobei dann Streiks und wilde Kundgebungen in Kauf genommen und bekämpft werden müssen.

Ebenfalls muss dabei zumindest ein Teil des hohen Wirtschaftswachstums geopfert werden. Die Regierenden müssen sich

jedoch der Tatsache bewusst sein, dass all dies geringere politische Kosten hat als eine ausufernde Inflation.

In diesem Sinn ist die Priorität, die die Gesellschaft dem Inflationsphänomen eingeräumt hat, von grosser Bedeutung.